

Gerechtigkeit im Meinungsbild der Stuttgarter Bevölkerung: Ergebnisse der Stuttgarter Bürgerumfrage

Schöb, Anke

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schöb, A. (2019). Gerechtigkeit im Meinungsbild der Stuttgarter Bevölkerung: Ergebnisse der Stuttgarter Bürgerumfrage. *Stadtforschung und Statistik : Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker*, 32(1), 66-74. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-62197-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Anke Schöb

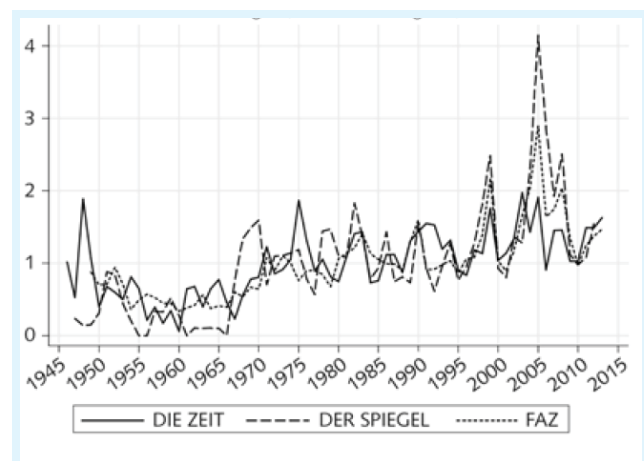
Gerechtigkeit im Meinungsbild der Stuttgarter Bevölkerung – Ergebnisse der Stuttgarter Bürgerumfrage¹

Der Beitrag untersucht am Beispiel der Stadt Stuttgart, inwieweit sich die Bürgerinnen und Bürger von (Un-)Gerechtigkeit betroffen fühlen und ob sie die Verteilung von Gütern, Chancen oder Leistungen als gerecht wahrnehmen. Dabei werden vier allgemeine Gerechtigkeitsprinzipien unterschieden: Egalitarismus, Individualismus, Fatalismus und Askriptivismus. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass bei der Betrachtung nach sozialstrukturellen Merkmalen und in der Verteilung auf die Antwortkategorien bei den einzelnen Aussagen die Einschätzungen umso stärker differieren, je unterschiedlicher die soziale Lage der Befragten ist. Soziale Lagen, die durch einen formal niedrigen Bildungsabschluss und niedrige Einkommenspositionen gekennzeichnet sind, aber auch Arbeitslose geben seltener als andere an, einen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten beziehungsweise nehmen die Verteilung von Gütern und Dienstleistungen als schicksalhaft und resignativ hin.

Was ist gerecht oder ungerecht? Die Beantwortung dieser Frage kann unter anderem der politischen Philosophie vorenthalten bleiben, die daran interessiert ist, „wie gesellschaftliche Institutionen und die darin geltenden Regeln gestaltet sein müssen, damit Ungerechtigkeit vermieden und Gerechtigkeit in einem Gemeinwesen verwirklicht werden kann“ (vgl. Liebig/Sauer/Valet 2013: 286). Demgegenüber ist die empirische Gerechtigkeitsforschung daran orientiert, eine Antwort auf die Frage zu finden, inwieweit sich eine Person von (Un-)Gerechtigkeit betroffen fühlt oder ob sie die Verteilung von Gütern (wie Einkommen, Vermögen), Chancen (wie Bildung, Arbeitsmöglichkeiten) oder Leistungen (wie Steuern) als (un-)gerecht wahrnimmt. Seit Mitte der 1990er-Jahre ist das Thema Gerechtigkeit (im engeren Sinne von „sozialer Gerechtigkeit“) in der medialen Berichterstattung stark präsent und hat im zeitlichen Verlauf zugenommen mit einem Höhepunkt im Jahr 2005 (vgl. Abb. 1). Ein Anstieg der unter anderem mit der Diskussion und Einführung von Hartz IV in diesem Jahr begründet wird (vgl. Schröder/Vietze 2015: 59).

Vergleichbar entwickelt hat sich auch die persönlich empfundene Gerechtigkeit – die „gefühlte“ Gerechtigkeit in Deutschland. Auf die Frage „Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren ge-

Abbildung 1: Relative Häufigkeit der Artikel pro Jahr mit dem Suchbegriff „soziale Gerechtigkeit“



Quelle: Schröder, Martin; Vietze, Florian (2015: 49)

Anke Schöb

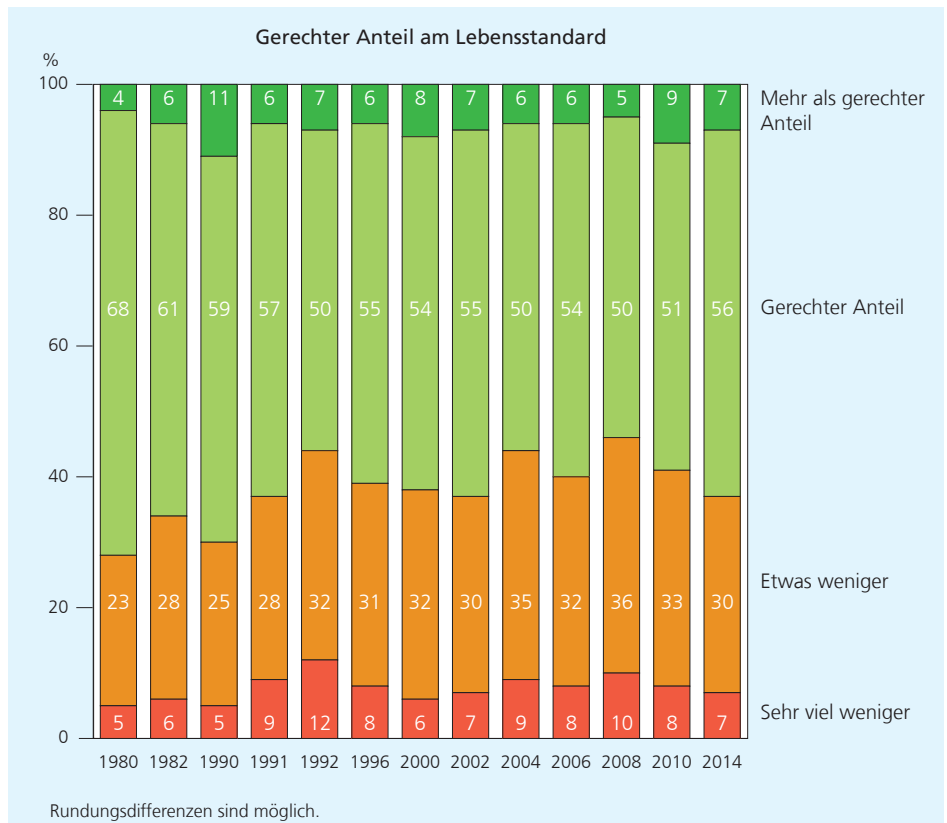
Dipl.-Soziologin, seit 2005 Leiterin des Sachgebiets Lokale Erhebungen am Statistischen Amt der Landeshauptstadt Stuttgart

anke.schoeb@stuttgart.de

Schlüsselwörter:

Gerechtigkeit – Gerechtigkeitsforschung – Bürgerumfrage– Stuttgart

Abbildung 2: Bewertung eines gerechten Anteils am Lebensstandard in Deutschland 1980 bis 2014



Quelle:
ALLBUS 1980–2014 (seit 1991 einschließlich Ostdeutschland), eigene Berechnung

Landeshauptstadt Stuttgart,
Statistisches Amt

rechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger, oder sehr viel weniger?“ geben 1980 68 Prozent beziehungsweise 1982 61 Prozent der Befragten an, dass sie ihren gerechten Anteil am Lebensstandard erhalten. Dieser Anteil nimmt über die Erhebungsjahre deutlich ab, während gleichzeitig der Anteil der Befragten, die der eigenen Einschätzung nach zu wenig und viel zu wenig am Lebensstandard teilhaben, zunimmt. 2014 erachteten 37 Prozent der Befragten ihren Lebensstandard als wenig gerecht im Vergleich zum gesellschaftlich erreichten Standard. 56 Prozent geben an, ihren gerechten Anteil zu erhalten, 7 Prozent nennen einen mehr als gerechten Anteil am Lebensstandard.

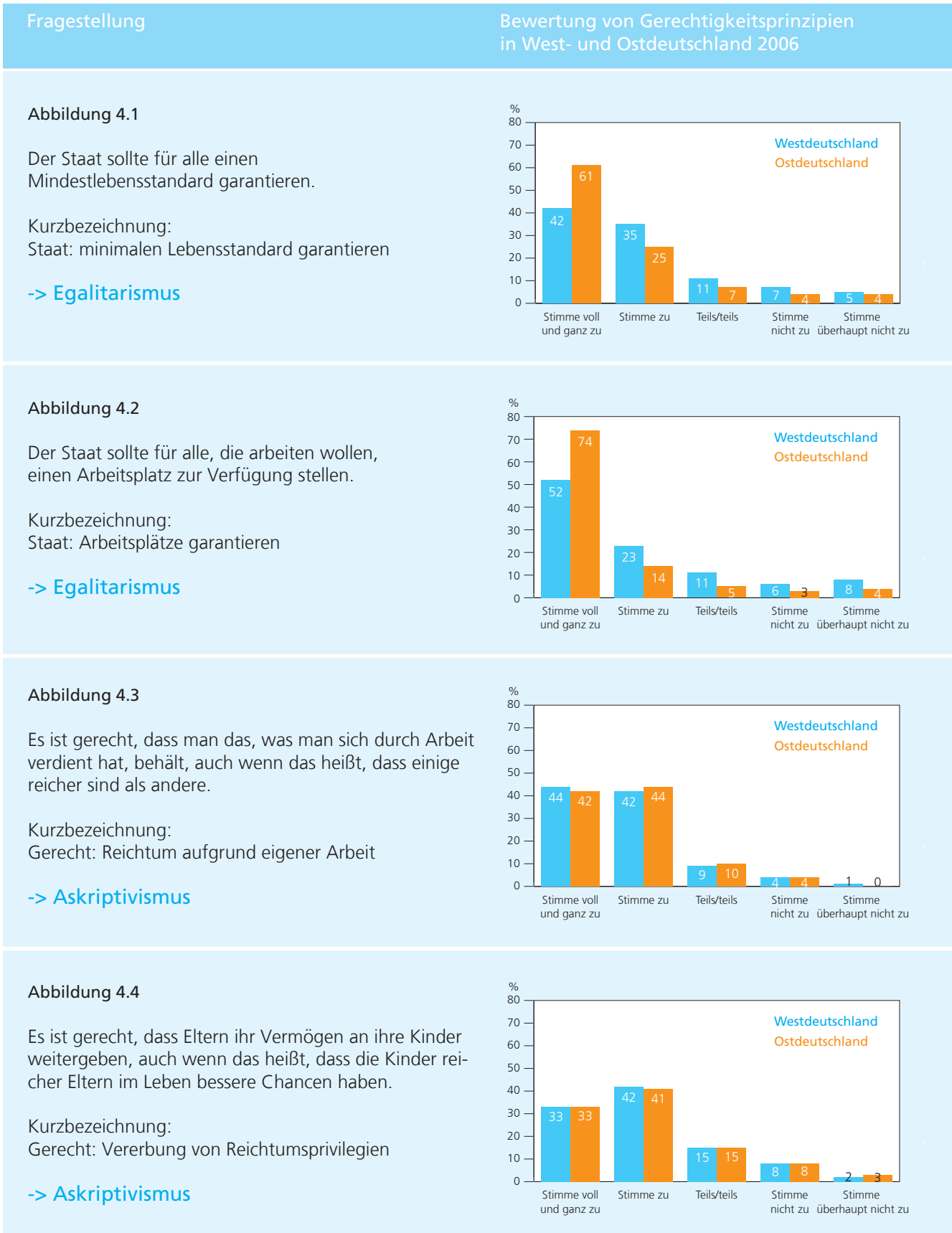
Nach dieser allgemeinen Gerechtigkeitseinschätzung durch die deutsche Bevölkerung werden nun einzelne Aspekte der Gerechtigkeit für die städtische Bevölkerung betrachtet. In der Stuttgarter Bürgerumfrage 2015 ist erstmals der Aspekt Gerechtigkeit erhoben worden. Die erhobenen Fragen sind dem „International Social Justice Project“ (ISJP) entnommen, nach dem vier allgemeine Denkstile der Gerechtigkeit oder Gerechtigkeitsprinzipien unterschieden werden können: Egalitarismus, Individualismus, Fatalismus und Askriptivismus (zum Hintergrund der Gerechtigkeitstypologie vgl. Wegener 1992, 2015; Lippl 2003; Gerlitz/Mühleck/Scheller 2007 und die dort zitierte Literatur zur Kulturtheorie von Mary Douglas bzw. Grid-Group-Analyse. Eine qualitative Anwendung der Grid-Group-Analyse auf kulturelle städtische Milieus ist zu finden bei Klotz 2014). Diese werden mittels acht einzelner Aussagen erhoben und betreffen den Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit (vgl. Abb. 3). Die beiden Aussagen „Der Staat sollte für alle einen Mindestlebensstandard garantieren“ und „Der Staat sollte für alle, die arbeiten

Abbildung 3: Gerechtigkeitsvorstellungen und ihre Erhebung

Gerechtigkeitsvorstellung	Aussagen
Askriptivismus	Die Verteilung ist naturgegeben bzw. auf Grund von sozialer Rolle und sozialem Status festgelegt Es ist gerecht, dass man das, was man sich durch Arbeit verdient hat, behält, auch wenn das heißt, dass einige reicher sind als andere. Es ist gerecht, dass Eltern ihr Vermögen an ihre Kinder weitergeben, auch wenn das heißt, dass die Kinder reicher Eltern im Leben bessere Chancen haben.
Individualismus	Die Verteilung beruht auf Wettbewerb Ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind. Es hat schon seine Richtigkeit, wenn Unternehmer große Gewinne machen, denn am Ende profitieren alle davon.
Fatalismus	Verteilung wird als schicksalhaft und resignativ hingenommen Es ist zwecklos, sich über soziale Gerechtigkeit zu streiten, weil sich die Verhältnisse doch nicht ändern lassen. So wie die Zustände heute sind, weiß man gar nicht mehr, was eigentlich gerecht ist.
Egalitarismus	Der Staat ist verantwortlich für die Verteilung von Gütern, Chancen und Leistungen Der Staat sollte für alle einen Mindestlebensstandard garantieren. Der Staat sollte für alle, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen.

wollen, einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen“ bildet die Dimension Egalitarismus (auch: Etatismus) ab. Die beiden Aussagen „Ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind“ und „Es hat schon seine Richtigkeit, wenn Unternehmer große Gewinne machen, denn am Ende profitieren alle davon“ bildet die Dimension „Individualismus“ ab. Die beiden Aussagen „So wie die Zustände heute sind, weiß man gar nicht mehr, was eigentlich gerecht ist“ und „Es ist zwecklos, sich über

Abbildung 4: Gerechtigkeitsprinzipien nach „International Social Justice Project“ (ISJP)



Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

Fortsetzung Abbildung 4: Gerechtigkeitsprinzipien nach „International Social Justice Project“ (ISJP)

Fragestellung	Bewertung von Gerechtigkeitsprinzipien in West- und Ostdeutschland 2006																		
<p>Abbildung 4.5</p> <p>Ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind.</p> <p>Kurzbezeichnung: Hohe Einkommensdifferenz: Leistungsanreiz</p> <p>-> Individualismus</p>	<table border="1"> <caption>Abbildung 4.5: Bewertung von Gerechtigkeitsprinzipien</caption> <thead> <tr> <th>Antwort</th> <th>Westdeutschland (%)</th> <th>Ostdeutschland (%)</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Stimme voll und ganz zu</td> <td>20</td> <td>15</td> </tr> <tr> <td>Stimme zu</td> <td>40</td> <td>40</td> </tr> <tr> <td>Teils/teils</td> <td>19</td> <td>17</td> </tr> <tr> <td>Stimme nicht zu</td> <td>16</td> <td>17</td> </tr> <tr> <td>Stimme überhaupt nicht zu</td> <td>6</td> <td>10</td> </tr> </tbody> </table>	Antwort	Westdeutschland (%)	Ostdeutschland (%)	Stimme voll und ganz zu	20	15	Stimme zu	40	40	Teils/teils	19	17	Stimme nicht zu	16	17	Stimme überhaupt nicht zu	6	10
Antwort	Westdeutschland (%)	Ostdeutschland (%)																	
Stimme voll und ganz zu	20	15																	
Stimme zu	40	40																	
Teils/teils	19	17																	
Stimme nicht zu	16	17																	
Stimme überhaupt nicht zu	6	10																	
<p>Abbildung 4.6</p> <p>Es hat schon seine Richtigkeit, wenn Unternehmer große Gewinne machen, denn am Ende profitieren alle davon.</p> <p>Kurzbezeichnung: Hohe Einkommensdifferenz: alle profitieren</p> <p>-> Individualismus</p>	<table border="1"> <caption>Abbildung 4.6: Bewertung von Gerechtigkeitsprinzipien</caption> <thead> <tr> <th>Antwort</th> <th>Westdeutschland (%)</th> <th>Ostdeutschland (%)</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Stimme voll und ganz zu</td> <td>11</td> <td>7</td> </tr> <tr> <td>Stimme zu</td> <td>30</td> <td>27</td> </tr> <tr> <td>Teils/teils</td> <td>21</td> <td>20</td> </tr> <tr> <td>Stimme nicht zu</td> <td>22</td> <td>19</td> </tr> <tr> <td>Stimme überhaupt nicht zu</td> <td>17</td> <td>28</td> </tr> </tbody> </table>	Antwort	Westdeutschland (%)	Ostdeutschland (%)	Stimme voll und ganz zu	11	7	Stimme zu	30	27	Teils/teils	21	20	Stimme nicht zu	22	19	Stimme überhaupt nicht zu	17	28
Antwort	Westdeutschland (%)	Ostdeutschland (%)																	
Stimme voll und ganz zu	11	7																	
Stimme zu	30	27																	
Teils/teils	21	20																	
Stimme nicht zu	22	19																	
Stimme überhaupt nicht zu	17	28																	
<p>Abbildung 4.7</p> <p>Es ist zwecklos, sich über soziale Gerechtigkeit zu streiten, weil sich die Verhältnisse doch nicht ändern lassen.</p> <p>Kurzbezeichnung: Man kann sowieso nichts ändern</p> <p>-> Fatalismus</p>	<table border="1"> <caption>Abbildung 4.7: Bewertung von Gerechtigkeitsprinzipien</caption> <thead> <tr> <th>Antwort</th> <th>Westdeutschland (%)</th> <th>Ostdeutschland (%)</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Stimme voll und ganz zu</td> <td>21</td> <td>30</td> </tr> <tr> <td>Stimme zu</td> <td>25</td> <td>23</td> </tr> <tr> <td>Teils/teils</td> <td>17</td> <td>13</td> </tr> <tr> <td>Stimme nicht zu</td> <td>22</td> <td>17</td> </tr> <tr> <td>Stimme überhaupt nicht zu</td> <td>15</td> <td>17</td> </tr> </tbody> </table>	Antwort	Westdeutschland (%)	Ostdeutschland (%)	Stimme voll und ganz zu	21	30	Stimme zu	25	23	Teils/teils	17	13	Stimme nicht zu	22	17	Stimme überhaupt nicht zu	15	17
Antwort	Westdeutschland (%)	Ostdeutschland (%)																	
Stimme voll und ganz zu	21	30																	
Stimme zu	25	23																	
Teils/teils	17	13																	
Stimme nicht zu	22	17																	
Stimme überhaupt nicht zu	15	17																	
<p>Abbildung 4.8</p> <p>So wie die Zustände heute sind, weiß man gar nicht mehr, was eigentlich gerecht ist.</p> <p>Kurzbezeichnung: Weiß nicht, was überhaupt gerecht ist</p> <p>-> Fatalismus</p>	<table border="1"> <caption>Abbildung 4.8: Bewertung von Gerechtigkeitsprinzipien</caption> <thead> <tr> <th>Antwort</th> <th>Westdeutschland (%)</th> <th>Ostdeutschland (%)</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Stimme voll und ganz zu</td> <td>26</td> <td>40</td> </tr> <tr> <td>Stimme zu</td> <td>26</td> <td>25</td> </tr> <tr> <td>Teils/teils</td> <td>25</td> <td>17</td> </tr> <tr> <td>Stimme nicht zu</td> <td>14</td> <td>10</td> </tr> <tr> <td>Stimme überhaupt nicht zu</td> <td>9</td> <td>8</td> </tr> </tbody> </table>	Antwort	Westdeutschland (%)	Ostdeutschland (%)	Stimme voll und ganz zu	26	40	Stimme zu	26	25	Teils/teils	25	17	Stimme nicht zu	14	10	Stimme überhaupt nicht zu	9	8
Antwort	Westdeutschland (%)	Ostdeutschland (%)																	
Stimme voll und ganz zu	26	40																	
Stimme zu	26	25																	
Teils/teils	25	17																	
Stimme nicht zu	14	10																	
Stimme überhaupt nicht zu	9	8																	

Quelle: Stark, Leibig, Wegener (2014); Wegener (2015); eigene Berechnungen

soziale Gerechtigkeit zu streiten, weil sich die Verhältnisse doch nicht ändern lassen“ bildet die Dimension Fatalismus ab. Askriptivismus wird durch die Aussage „Es ist gerecht, dass man das, was man sich durch Arbeit verdient hat, behält, auch wenn das heißt, dass einige reicher sind als andere“ und „Es ist gerecht, dass Eltern ihr Vermögen an ihre Kinder weitergeben, auch wenn das heißt, dass die Kinder reicher Eltern im Leben bessere Chancen haben“.

In Abbildung 4 sind auf Basis des „International Social Justice Projektes“ für das letzte erhobene Jahr 2006 die Antwortverteilungen dargestellt. In diesem Erhebungsjahr erreichte die mediale Debatte über soziale Gerechtigkeit einen Höhepunkt. Einen Schwerpunkt der Analysen im Jahr 2006 bildeten die Bewertungen in West- und Ostdeutschland. Ein Ergebnis war die bestehende „subjektive Gerechtigkeitslücke“ zwischen West- und Ostdeutschland: Die stärkste Differenz zeigt sich bei der Dimension „Egalitarismus“: Hier stimmen 42 Prozent der westdeutschen Befragten und 61 Prozent der ostdeutschen Befragten der Aussage „voll und ganz zu“, dass der Staat für alle einen Mindestlebensstandard garantieren sollte (vgl. Abb. 4.1). Dass der Staat für alle, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen soll, formulieren

74 Prozent der Befragten in Ostdeutschland und 52 Prozent in Westdeutschland (vgl. Abbildung 4.2). In der Verteilung der Antwortwerte ähnlich erweisen sich die Aussagen zum Askriptivismus (vgl. Abb. 4.3): Hier stimmen 44 (West) beziehungsweise 42 Prozent (Ost) voll und ganz zu, dass man das, was man sich durch Arbeit verdient hat, behält, auch wenn das heißt, dass einige reicher sind als andere. Die Weitergabe des Elternvermögens an die Kinder verbunden mit besseren Chancen für die Kinder wird von jeweils 33 Prozent der Befragten in West- und Ostdeutschland mit sehr zustimmend bewertet (vgl. Abb. 4.4). Das ein Anreiz für Leistung nur dann besteht, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind, befürworten jeweils 40 Prozent der Befragten in West- und Ostdeutschland; 10 Prozent der ostdeutschen Befragten stimmen der Aussage überhaupt nicht zu (vgl. Abb. 4.5). Deutlich nicht zustimmend sind die ostdeutschen Befragten bei der Frage nach der Richtigkeit einer hohen Einkommensdifferenz, von der alle profitieren: 28 Prozent der Ostdeutschen stimmen hier überhaupt nicht zu (vgl. Abb. 4.6). Ein weiterer Unterschied besteht auch bei den fatalistischen Aussagen: Der Aussage, dass die Zustände heute so sind, dass man gar nicht weiß, was eigentlich gerecht ist, stimmen 40 Prozent der

Abbildung 5.1: Gerechtigkeitsprinzip „Egalitarismus“ in der Stuttgarter Bürgerumfrage 2015

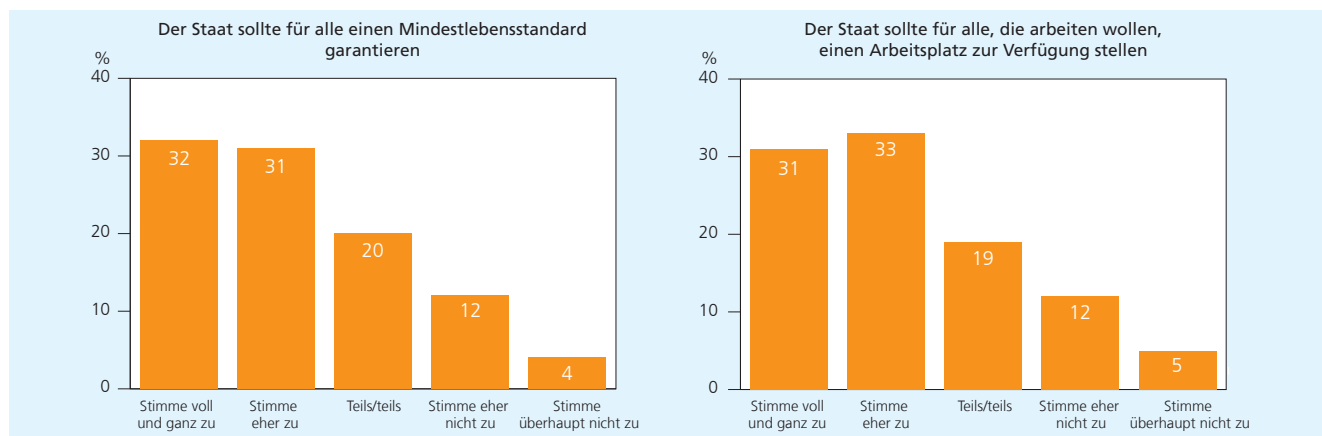
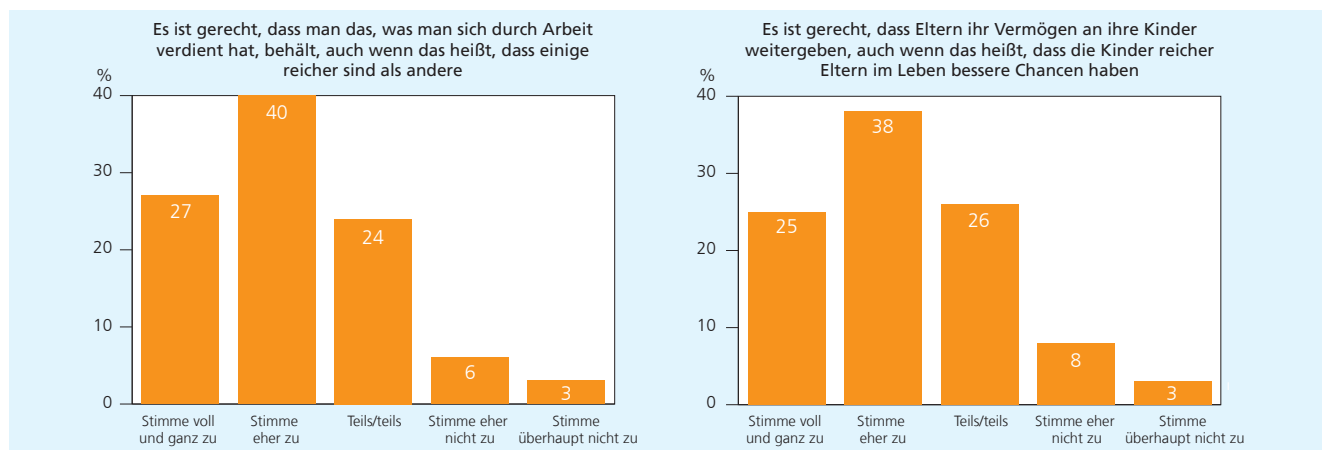


Abbildung 5.2: Gerechtigkeitsprinzip „Askriptivismus“ in der Stuttgarter Bürgerumfrage 2015



Quelle Abb. 5.1–5.2: Stuttgarter Bürgerumfrage 2015, eigene Berechnungen

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

Ostdeutschen und 26 Prozent der westdeutschen Befragten zu (vgl. Abbildung 4.8). Weiterhin befürworteten 30 Prozent der ostdeutschen Befragten die Aussage, dass es zwecklos ist sich über soziale Gerechtigkeit zu streiten, weil sich die Verhältnisse doch nicht ändern lassen, gegenüber 21 Prozent der westdeutschen Befragten (vgl. Abb. 4.7).

Wie verteilen sich nun die Meinungen der Stuttgarter Bevölkerung über die einzelnen Aussagen? Die Befürwortung staatlicher Tätigkeit zur Herstellung von Gerechtigkeit erfährt eine im Verhältnis zu den anderen Aussagen hohe Zustimmung in der Stuttgarter Bevölkerung. 32 Prozent der befragten Stuttgarterinnen und Stuttgarter stimmen einer staatlichen Sicherung eines Lebensstandards „voll und ganz zu“ und 31 Prozent einer staatlichen Arbeitsplatzsicherung (vgl. Abb. 5.1). In einer ähnlich häufigen Verteilung der Nennungen folgen die beiden Aussagen zur Vererbung von Reichtumsprivilegien und zum Reichtum aufgrund eigener Arbeit (vgl. Abb. 5.2). Der Aussage „Es ist gerecht, dass man das, was man sich durch Arbeit verdient hat, behält, auch wenn das heißt, dass einige reicher sind als andere“ stimmen 40 Prozent „eher zu“, 27 Prozent stimmen „voll und ganz zu“ und 24 Prozent äußern ein

„teils/teils“. Die zweite Aussage in der Dimension „Askriptivismus“ – „Es ist gerecht, dass Eltern ihr Vermögen an ihre Kinder weitergeben, auch wenn das heißt, dass die Kinder reicher Eltern im Leben bessere Chancen haben“, zeigt eine ähnliche Antwortverteilung: 25 Prozent stimmen „voll und ganz“ zu, 38 Prozent „eher“ und 26 Prozent stimmen „teils/teils“ zu. Unterschiedlich bewertet werden die beiden Aussagen zum „Individualismus“: 37 Prozent der Befragten stimmen teilweise zu, dass es richtig ist, wenn Unternehmen große Gewinne machen. Zu gleichen Teilen „eher“ und „teils/teils“ zustimmend, sagen 29 Prozent der Befragten, ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind (vgl. Abb. 5.3). Die beiden „fatalistischen“ Aussagen werden unterschiedlich bewertet: Dass es zwecklos ist, sich über soziale Gerechtigkeit zu streiten, findet bei 31 Prozent der Befragten „eher nicht“ Zustimmung, 23 Prozent der Befragten stimmen „überhaupt nicht zu“. Teilweise stimmen der Aussage „So wie die Zustände heute sind, weiß man gar nicht mehr, was eigentlich gerecht ist“ mit 26 Prozent zu. Jeweils 23 Prozent der Befragten stimmen eher zu beziehungsweise stimmen eher nicht zu (vgl. Abb. 5.4).

Abbildung 5.3: Gerechtigkeitsprinzip „Individualismus“ in der Stuttgarter Bürgerumfrage 2015

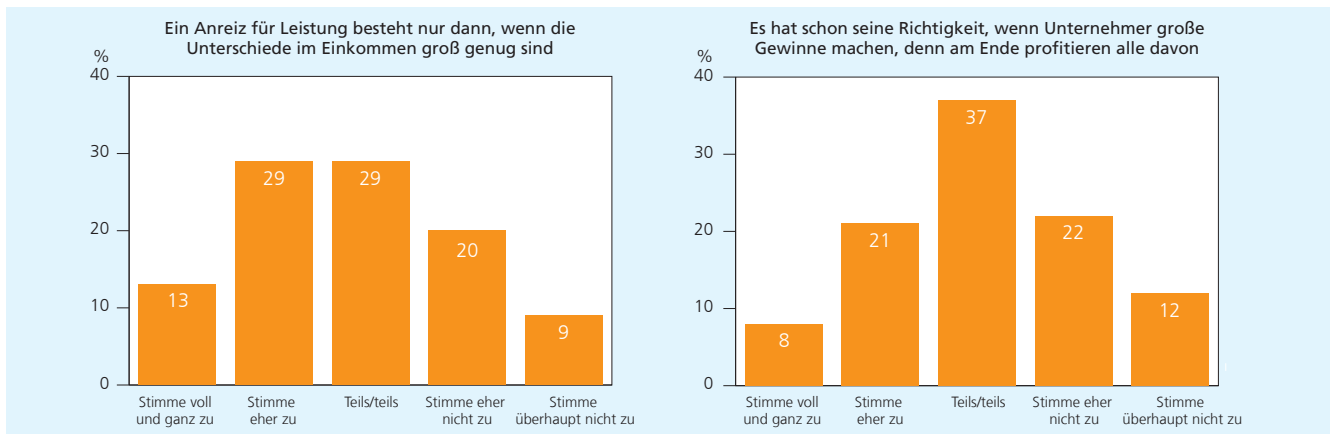
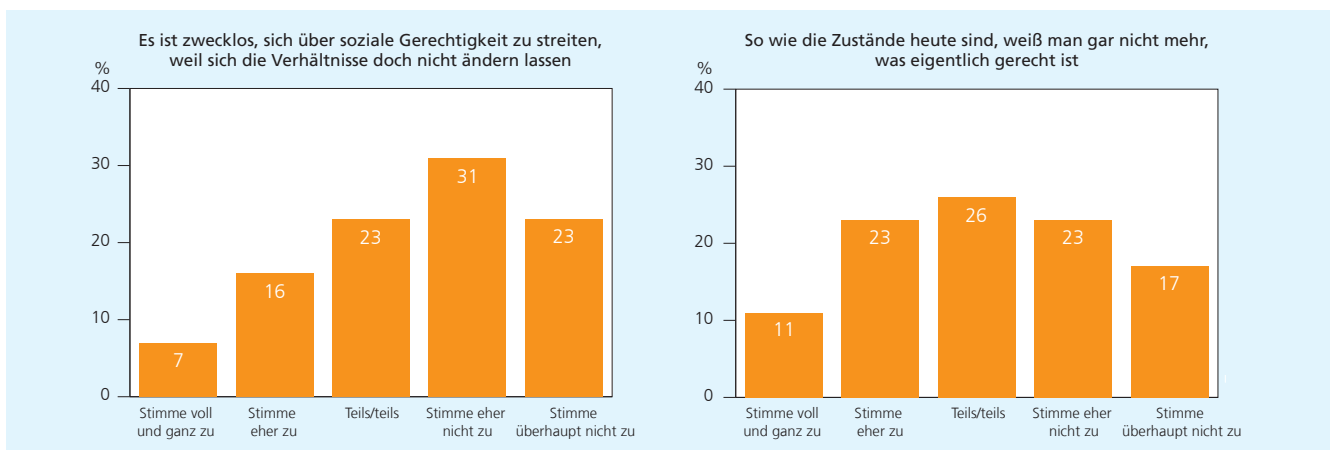


Abbildung 5.4: Gerechtigkeitsprinzip „Fatalismus“ in der Stuttgarter Bürgerumfrage 2015



Quelle Abb. 5.3–5.4: Stuttgarter Bürgerumfrage 2015, eigene Berechnungen

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

Bedeutet die Befürwortung einer stärkeren Rolle des Staates beziehungsweise „Egalitarismus“, dass Leistungsanreize beziehungsweise „Individualismus“ abgelehnt werden? Eine Antwort auf diese Frage ergibt die räumliche Analyse der einzelnen Aussagen. In Abbildung 6 ist die räumliche Analyse der acht Aussagen (multidimensionale Analyse mit nachfolgender Clusteranalyse) mit der Bezeichnung der übergeordneten Dimension dargestellt. Die räumliche Analyse auf Basis der Bürgerumfrage 2015 zeigt, dass die gegensätzliche Beziehung zwischen „Individualismus“ und „Egalitarismus“ grundsätzlich gegeben ist, da die Aussagen sich räumlich gegenüberstehen und weniger nahe beieinanderliegen. Ähnlich bewertet werden die „askriptiven“ und „individualistischen“ Aussagen. Allgemein gilt, dass die Zustimmung zu einer staatlichen Arbeitsplatzgarantie mit der Zustimmung zu einem staatlichen Mindestlebensstandard einhergeht. Die Urteile der Befragten werden unterschiedlicher, je größer der Abstand zwischen zwei Punkten ist. Die Aussagen zum Individualismus (Leistungsanreiz durch Einkommensdifferenz, hohe Einkommensdifferenz, alle profitieren) stehen den Aussagen zum Egalitarismus und Fatalismus (Weiß nicht, was überhaupt gerecht ist; Man kann sowieso nichts ändern) gegenüber und liegen nahe beim Askriptivismus (Reichtum aufgrund eigener Arbeit; Vererbung von Reichtumsprivilegien).

Da die vier Dimensionen der acht Einzelaussagen sich gut auf Basis der Stuttgarter Bürgerumfrage abbilden lassen, ist eine Zusammenfassung der jeweiligen Aussagen innerhalb einer Dimension zu einem Indexwert grundsätzlich gegeben.

Die einzelnen Aussagen sind nachfolgend in einen Punktwert nach ihrer zugeordneten Dimension überführt und zeigen die Abweichung von der durchschnittlichen Bewertung an. Dabei bezeichnet ein hoher positiver Wert eine hohe Zustimmung, ein hoher negativer Wert eine hohe Ablehnung und ein Wert von 0 eine durchschnittliche Zustimmung beziehungsweise Ablehnung der Gerechtigkeitsvorstellung.

Folgende sozialstrukturelle Profile in den Gerechtigkeitsvorstellungen zeigen sich (vgl. Abb. 7): Eine eher ablehnende Einstellung gegenüber der Verantwortlichkeit beziehungsweise Eingreifen des Staates für die Verteilung von Gütern und Chancen sehen Selbstständige und Personen im obersten Einkommensquintil. Jüngere Personen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren, nicht-deutsche Staatsangehörige und Personen im untersten Einkommensquintil stimmen den Aussagen eher zu. Die Aussagen zum Fatalismus erfahren von Personen mit Hochschulabschluss, Beamten, Selbstständigen und im

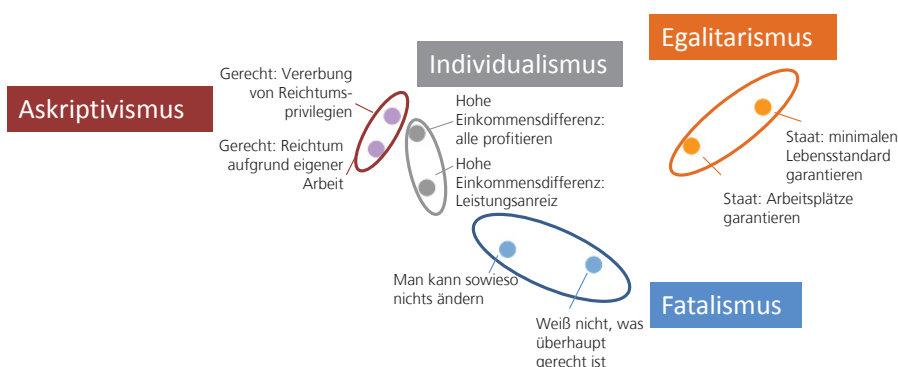
oberen Einkommensquintil weniger Zustimmung, und eher Zustimmung von Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, mit Volks- und Hauptschulabschluss, Arbeitern, Arbeitslosen und Personen im untersten Einkommensquintil. Die beiden Gerechtigkeitsvorstellungen Askriptivismus und Individualismus erweisen sich insgesamt als sozialstrukturell wenig differenziert und in der Zustimmung beziehungsweise Ablehnung durch die Befragten überwiegend ähnlich. Dabei stimmen arbeitslose Befragte weniger häufig askriptiven Gerechtigkeitsvorstellungen zu, und Personen mit Volks- und Hauptschulabschluss formulieren häufiger askriptive und individualistische Gerechtigkeitsvorstellungen.

Welche Bedeutung haben die Gerechtigkeitsprinzipien für die Lebensqualität? Für die Zufriedenheit mit dem Leben allgemein zeigt sich, dass je unzufriedener Personen mit ihrem Leben sind, desto häufiger lehnen sie askriptive Aussagen ab und stimmen fatalistischen Aussagen eher zu. Auch eine hohe Unzufriedenheit mit dem Lebensstandard geht mit einer höheren Zustimmung zu fatalistischen Aussagen einher, bei der die Verteilung von Gütern und Dienstleistungen als schicksalhaft und resignativ hingenommen wird. Für die Zufriedenheit

Tabelle 1:
Gerechtigkeitsprinzipien nach sozialstrukturellen Merkmalen

Gerechtigkeitsvorstellung		eher ablehnend	eher zustimmend
Askriptivismus	Die Verteilung ist naturgegeben bzw. auf Grund von sozialer Rolle und sozialem Status festgelegt	Arbeitslose	65 Jahre und älter, Personen mit Volks- und Hauptschulabschluss
Individualismus	Die Verteilung beruht auf Wettbewerb	45 bis unter 55 Jahre	Personen mit Volks- und Hauptschulabschluss
Fatalismus	Verteilung wird als schicksalhaft und resignativ hingenommen	Personen mit Hochschulabschluss, Beamte, Selbstständige, oberstes Einkommensquintil	Personen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit, Volks- und Hauptschulabschluss, Arbeiter, Arbeitslose, unterstes Einkommensquintil
Egalitarismus	Der Staat ist verantwortlich für die Verteilung von Gütern, Chancen und Leistungen	Selbstständige, oberstes Einkommensquintil	15 bis unter 25 Jahre, Personen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit, Arbeiter, Schüler, Auszubildende, Studenten, Arbeitslose, unterstes Einkommensquintil

Abbildung 6: Räumliche Analyse der Gerechtigkeitsprinzipien in der Stuttgarter Bürgerumfrage 2015

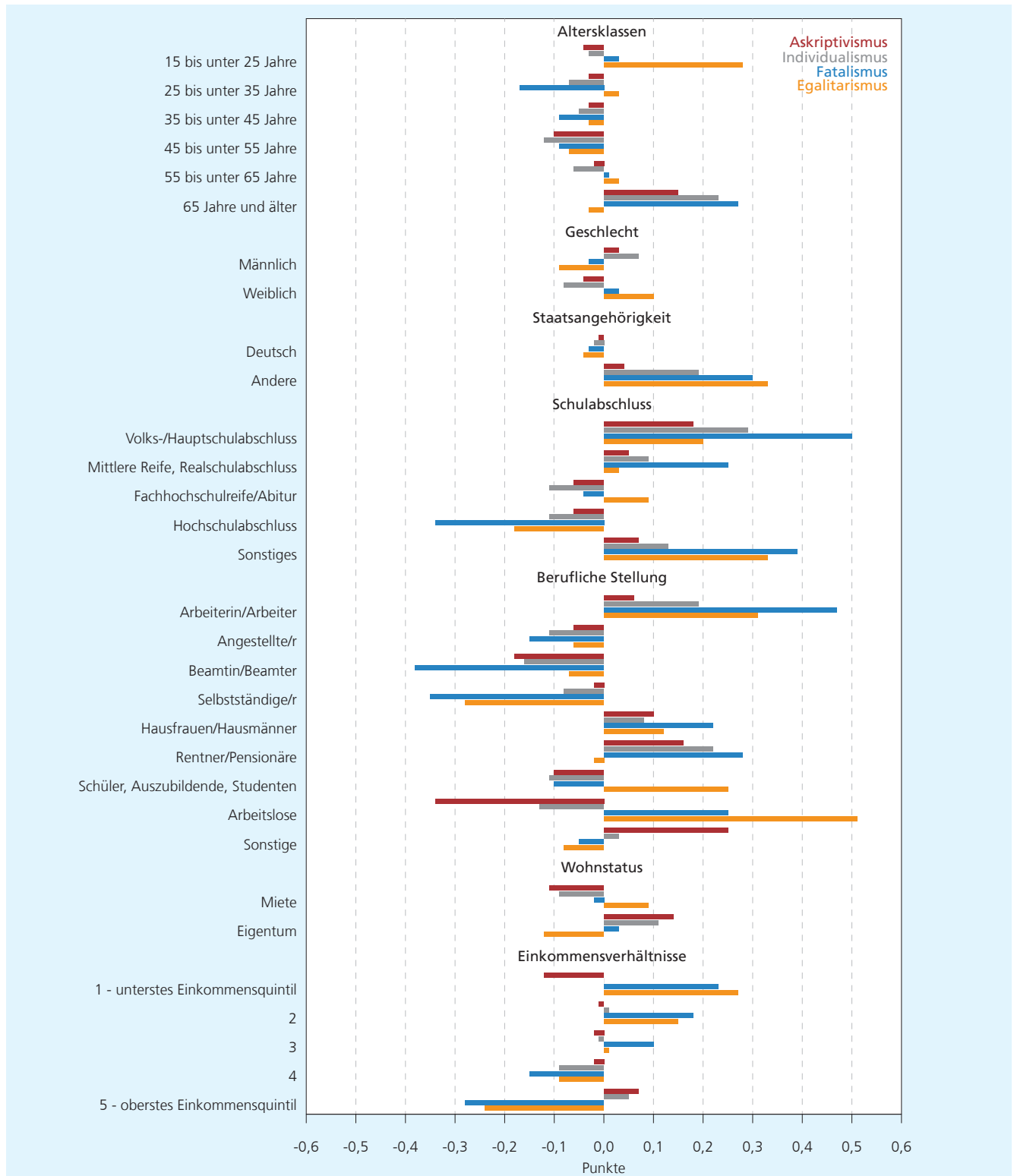


Quelle: Stuttgarter Bürgerumfrage 2015, eigene Berechnungen, Multidimensionale Skalierung mit euklidischer Distanz und Cluster-Analyse nach Ward

mit den Möglichkeiten der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zeigt sich, dass eine höhere Unzufriedenheit eher mit einer Zustimmung zu egalitären Aussagen einhergeht. Hier wird der Staat als verantwortlich gesehen für die Verteilung von Gütern, Chancen und Leistungen.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse zur Einschätzung der sozialen Gerechtigkeit auf Basis der Stuttgarter Bürgerumfrage, dass bei der Betrachtung nach sozialstrukturellen Merkmalen und in der Verteilung auf die Antwortkategorien bei den einzelnen Aussagen die Einschätzungen umso stärker differieren,

Abbildung 7: Gerechtigkeitsprinzipien nach sozialstrukturellen Merkmalen



Quelle: Stuttgarter Bürgerumfrage 2015, eigene Berechnungen, Ergebnis auf Basis einer explorativen Faktorenanalyse, Skalierung nach Faktorenwerten

je unterschiedlicher die soziale Lage der Befragten ist. Ein Ergebnis, dass sich auch in anderen Befragungen zur Gerechtigkeit zeigt: Soziale Lagen, die durch einen formal niedrigen Bildungsabschluss und niedrige Einkommenspositionen gekennzeichnet sind, aber auch Arbeitslose geben seltener als andere an, einen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten (Glatzer 2009: 17) beziehungsweise nehmen die Verteilung von Gütern und Dienstleistungen als schicksalhaft und resignativ hin. Die Zustimmung beziehungsweise Ablehnung von Gerechtigkeitsprinzipien ist auch bedeutsam

bei der Beurteilung der Lebensqualität: Unzufriedenheit mit dem Lebensstandard geht mit Fatalismus einher und sieht eine Verantwortung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben beim Staat.

-
- 1 Der Beitrag erschien 2017 in: Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 7/2017, S. 207–218

Literaturverzeichnis

- Gerlitz, Jean-Yves; Mühleck, Kai; Scheller, Percy (2007). Zur Erhebung von Gerechtigkeitsideologien mit Bezug zur Altersvorsorge. Dokumentation der Instrumentenentwicklung für das ISJP 2006, Arbeitsbericht Nr. 117, Berlin.
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2014): ALLBUS 1980-2012 – Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4578 Datenfile Version 1.0.0, doi: 10.4232/1.11898.
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2015): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2014. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5240 Datenfile Version 2.1.0, doi: 10.4232/1.12288.
- Glatzer, Wolfgang (2009): Gefühlte (Un)Gerechtigkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 47/2009, S. 15–20.
- Habich, Roland (2013): Sozialstruktur und soziale Lagen. in: Statistisches Bundesamt; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. S. 181–188.
- Klotz, Constanze (2014): Vom Versuch Kreativität in der Stadt zu planen. Die internationale Bauausstellung IBA Hamburg, Transcript Urban Studies.
- Liebig, Stefan; Sauer, Carsten; Valet, Peter (2013): Gerechtigkeit, in: Mau, Steffen; Schöneck, Nadine M. (Hrsg.) Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Springer, S. 286–299.
- Lippel, Bodo (2003): Soziale Gerechtigkeit aus der Sicht der deutschen Bevölkerung. Ergebnisse der empirisch-sozialwissenschaftlichen Gerechtigkeitsforschung, International Social Justice Project, Arbeitsgruppe für die Bundesrepublik Deutschland, Arbeitsbericht 95, Berlin.
- Schrenker, Markus; Wegener, Bernd (2003): Was ist gerecht? Ausgewählte Ergebnisse aus dem International Social Justice Project 1991–2007, Arbeitsbericht Nr. 150, Berlin.
- Schröder, Martin; Vietze, Florian (2015): Medienebatten über soziale Ungleichheit, Armut und soziale Gerechtigkeit seit 1946 und wie sie mit Einkommensungleichheit zusammenhängen, Zeitschrift für Soziologie, 44, 1, S. 42–62.
- Stark, G., Liebig, S., Wegener, B. (2014): Gerechtigkeitstheorien, in: D. Danner & A. Glöckner-Rist (Eds.): Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen, doi: 10.6102/zis162.
- 218Wegener, Bernd (1992): Gerechtigkeitsforschung und Legitimationsnormen. Zeitschrift für Soziologie, 21 (4), S. 269–283.
- Wegener, Bernd (2015): International Social Justice Project 2006 (ISJP 2006) – Deutschland. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5177 Datenfile Version 1.0.0, doi: 10.4232/1.5177.